

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Einführung und Gang der Bearbeitung	23
1. Kapitel: Unternehmensinterne Ermittlungen	29
A. Hintergrund und Zweck interner Ermittlungen	29
I. Unternehmensinterne Ermittlungen – Ein neues Phänomen?	29
II. Staatliches Interesse an der Durchführung unternehmensinterner Ermittlungen	34
B. Begriff der unternehmensinternen Ermittlungen	35
I. Ermittlungen im Unternehmen	35
II. Initiierung durch das Unternehmen	36
III. Durchführung durch Mitarbeiter des Unternehmens oder durch beauftragte Externe	37
IV. Anlassbezogenheit	38
V. Trennung von staatlichem Ermittlungsverfahren	40
VI. Zweckrichtung der Ermittlungen	42
VII. Umfang und Art und Weise der Durchführung	48
VIII. Zusammenfassung	51
IX. Abgrenzung zur Begrifflichkeit „Internal Investigations“	52
C. Ablauf unternehmensinterner Ermittlungen	53
I. Typische Auslöser	53
II. Vorprüfung	54
III. Typische Maßnahmen unternehmensinterner Ermittlungen	55
IV. Beteiligte Personen und Institutionen	57

V. Folgen	59
D. Fazit	59
2. Kapitel: Zulässigkeit selbst initiiertes unternehmensinterner Ermittlungen	61
A. Grundsatz der Legalität privater Ermittlungen	61
I. Keine unmittelbare Ableitung aus einfachgesetzlichen Normen	61
II. Ableitung aus Grundrechten	62
III. Irrelevanz praktischer Erwägungen aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden	64
B. Leitgedanken des Beschuldigten- bzw. Opferschutzes	65
I. Schutz des Beschuldigten	65
II. Schutz des Verletzten im Strafverfahren	68
III. Übertragbarkeit auf unternehmensinterne Ermittlungen	71
C. Entgegenstehende Normen und Grundsätze	74
I. Legalitätsprinzip und Offizialprinzip	74
II. Herleitung eines staatlichen Ermittlungsmonopols aus dem Gewaltmonopol?	84
III. Vereinbarkeit mit dem Bild des deutschen Strafverfahrens	90
D. Überblick über rechtliche Grenzen interner Ermittlungen	94
I. Kollidierendes Verfassungsrecht	94
II. Einfachgesetzliche Grenzen	95
E. Fazit	98
3. Kapitel: Pflicht zur Compliance	99
A. Begriff der Criminal Compliance	99
I. Compliance	99
II. Criminal Compliance	102
B. Compliance und unternehmensinterne Ermittlungen	103

I. Funktionen von Compliance	103
II. Zweck interner Ermittlungen und Verhältnis zu Compliance	104
III. Unternehmensinterne Ermittlungen als wesentlicher Bestandteil eines Compliance-Systems	105
C. Keine strafrechtliche Pflicht zur Einführung eines Compliance- Management-Systems	107
D. Herleitung aus Vorschriften außerhalb des Strafrechts	108
I. Spezialgesetzlich geregelte Pflicht zur Einführung eines Compliance-Systems	109
II. Allgemeine Pflicht zur Einrichtung eines Compliance- Management-Systems	110
E. Fazit	142
4. Kapitel: Verpflichtung zu unternehmensinternen Ermittlungen	143
A. Im Innenverhältnis wirkende Normen HYPERLINK VI " _ Toc431292230"	143
I. Pflicht zur Einrichtung eines Überwachungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG	143
II. Allgemeine Leitungssorgfalt nach §§ 76 Abs. 1, 93 Abs. 1 AktG	144
III. Fazit	170
B. § 130 OWiG als Ausgangspunkt für eine Aufklärungspflicht im Außenverhältnis	171
I. Repressive Aufklärung als geeignete Aufsichtsmaßnahme im Sinne des Tatbestandes	171
II. Inhaltliche Konkretisierung der geforderten Aufsicht	182
III. Auslegung durch die Rechtsprechung	194
IV. Fazit	206
5. Kapitel: Entscheidung zur Einleitung unternehmensinterner Ermittlungen	207

A. Relativität der Pflicht bzw. Obliegenheit zur Einleitung unternehmensinterner Ermittlungen	207
I. Den pflichtauslösenden Normen immanente Ermessensspielräume	207
II. Zumutbarkeit als übergreifender Rechtsgrundsatz	208
B. Grad des Tatverdachts	210
I. Anfangsverdacht im Sinne der §§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO	210
II. Ausrichtung an Verdachtsgraden im Aktienrecht und nach dem Geldwäschegesetz	212
III. Leitlinien zur Konkretisierung des Tatverdachts	218
IV. Zusammenfassung	221
C. Unzumutbarkeit der Aufklärung wegen drohender Selbstbelastung	221
I. Inhalt und Reichweite des Nemo-tenetur-Prinzips	222
II. Anwendbarkeit auf gesellschaftsrechtlich abgeleitete Aufklärungspflicht von Organwaltern in der AG	232
III. Anwendbarkeit auf die Aufklärungsobliegenheit von Vorstandsmitgliedern aus § 130 OWiG	241
IV. Lösung über strafprozessuales Beweisverwertungsverbot	244
V. Zusammenfassung	247
Zusammenfassung in Thesen	249
Literaturverzeichnis	253

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einführung und Gang der Bearbeitung	23
1. Kapitel: Unternehmensinterne Ermittlungen	29
A. Hintergrund und Zweck interner Ermittlungen	29
I. Unternehmensinterne Ermittlungen – Ein neues Phänomen?	29
1. Entstehung und Rezeption in den USA	29
2. Entwicklung in Deutschland	32
II. Staatliches Interesse an der Durchführung unternehmensinterner Ermittlungen	34
B. Begriff der unternehmensinternen Ermittlungen	35
I. Ermittlungen im Unternehmen	35
II. Initiierung durch das Unternehmen	36
1. Zuständige Organe und Personen	36
2. Beherrschung des Ablaufs durch Initiatoren	37
III. Durchführung durch Mitarbeiter des Unternehmens oder durch beauftragte Externe	37
IV. Anlassbezogenheit	38
V. Trennung von staatlichem Ermittlungsverfahren	40
1. Sanktionsmilderungen nur Teilzweck	40
2. Relevanz des Entdeckungsrisikos	41
VI. Zweckrichtung der Ermittlungen	42
1. Wahrheitsermittlung als Zwischenziel	42
2. Schutz vor Wertverlust des Unternehmens	43
a) Minderung des Haftungs- und Sanktionsrisikos für das Unternehmen bzw. die Unternehmensleitung	43
aa) Organisatorische und personelle Konsequenzen im Unternehmen	44

bb) Stärkung der Glaubwürdigkeit der Unternehmenspolitik nach innen	45
b) Vorbereitung von Zivilprozessen und Strafanzeigen	46
c) Unterbindung bzw. Begrenzung von Reputationschäden	47
VII. Umfang und Art und Weise der Durchführung	48
1. Befassung des originär compliance-verantwortlichen Organs	48
2. Weitere Modalitäten	50
a) Art der Aufklärungsmaßnahmen	50
b) Offen oder verdeckt	50
VIII. Zusammenfassung	51
IX. Abgrenzung zur Begrifflichkeit „Internal Investigations“	52
C. Ablauf unternehmensinterner Ermittlungen	53
I. Typische Auslöser	53
1. Hinweise auf normwidriges Verhalten	53
2. Sonstige Formen	54
II. Vorprüfung	54
III. Typische Maßnahmen unternehmensinterner Ermittlungen	55
IV. Beteiligte Personen und Institutionen	57
V. Folgen	59
D. Fazit	59
2. Kapitel: Zulässigkeit selbst initiiertes unternehmensinterner Ermittlungen	61
A. Grundsatz der Legalität privater Ermittlungen	61
I. Keine unmittelbare Ableitung aus einfachgesetzlichen Normen	61
II. Ableitung aus Grundrechten	62
III. Irrelevanz praktischer Erwägungen aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden	64

B. Leitgedanken des Beschuldigten- bzw. Opferschutzes	65
I. Schutz des Beschuldigten	65
1. Stellung des Beschuldigten im Strafverfahren	65
2. Notwendigkeit eigener Sachverhaltsaufklärung aus Beschuldigtenperspektive	67
II. Schutz des Verletzten im Strafverfahren	68
1. Stellung des Verletzten	68
2. Kein besonderes Bedürfnis nach eigener Sachverhaltsaufklärung	70
III. Übertragbarkeit auf unternehmensinterne Ermittlungen	71
1. Grundrechtlicher Schutz der freien Unternehmensführung	71
2. Erhöhtes Manipulationsrisiko	71
3. Entsprechende Geltung der Erwägungen zum Schutz des Beschuldigten	72
C. Entgegenstehende Normen und Grundsätze	74
I. Legalitätsprinzip und Officialprinzip	74
1. Das Legalitätsprinzip	74
a) Ableitung und Inhalt	74
b) Durchbrechungen	77
c) Bedeutung für die Frage eines staatlichen Ermittlungsmonopols	78
d) Zwischenfazit	80
2. Das Officialprinzip (§ 152 Abs. 1 StPO)	80
a) Staatliche Strafverfolgung von Amts wegen	80
b) Gesetzliche Durchbrechungen	81
c) Faktische Relativierung durch Strafanzeige	83
d) Zwischenfazit	84
II. Herleitung eines staatlichen Ermittlungsmonopols aus dem Gewaltmonopol?	84
1. Kerninhalt des staatlichen Gewaltmonopols	84
2. Zusammenhang zwischen Gewaltmonopol und Ermittlungsmonopol	86
a) Ermittlung als Gewaltausübung	86

b) Vom Verfolgungs- und Sanktionsmonopol zum Ermittlungsmonopol?	87
3. Zwischenfazit	90
III. Vereinbarkeit mit dem Bild des deutschen Strafverfahrens	90
1. Keine Unzulässigkeit infolge fehlender Verfahrensregelungen für Private	91
2. Keine Behinderung staatlicher Ermittlungen	92
3. Fehlende Neutralität Privater als Ausschlussgrund privater Ermittlungen?	92
D. Überblick über rechtliche Grenzen interner Ermittlungen	94
I. Kollidierendes Verfassungsrecht	94
II. Einfachgesetzliche Grenzen	95
E. Fazit	98
3. Kapitel: Pflicht zur Compliance	99
A. Begriff der Criminal Compliance	99
I. Compliance	99
1. Compliance als Sicherstellung der Normtreue	99
2. Compliance-Management-System, Compliance-Organisation und Compliance-Programm	100
II. Criminal Compliance	102
B. Compliance und unternehmensinterne Ermittlungen	103
I. Funktionen von Compliance	103
II. Zweck interner Ermittlungen und Verhältnis zu Compliance	104
III. Unternehmensinterne Ermittlungen als wesentlicher Bestandteil eines Compliance-Systems	105
1. Wesentliche und typische Elemente eines Compliance-Systems	105
2. Insbesondere Notwendigkeit von Aufklärungs- und Sanktionsmechanismen	106
C. Keine strafrechtliche Pflicht zur Einführung eines Compliance-Management-Systems	107

D. Herleitung aus Vorschriften außerhalb des Strafrechts	108
I. Spezialgesetzlich geregelte Pflicht zur Einführung eines Compliance-Systems	109
II. Allgemeine Pflicht zur Einrichtung eines Compliance- Management-Systems	110
1. Gesellschaftsrechtliche Pflicht zur Einführung eines Compliance-Management-Systems	111
a) Allgemeine Leitungssorgfalt gemäß §§ 76 Abs. 1, 93 Abs. 1 AktG	111
aa) Legalitätspflicht	112
bb) Legalitätskontrollpflicht als Teil der allgemeinen Sorgfaltspflicht	114
cc) Ermessensspielraum des Vorstandes	116
b) Pflicht zur Einrichtung eines Früherkennungs- und Überwachungssystems, § 91 Abs. 2 AktG	118
aa) Allgemeiner Regelungsinhalt	118
bb) Inhalt und Umfang des Überwachungssystems	119
cc) Umfassende Erfassung von Gesetzesverstößen?	120
c) Pflicht zur Einrichtung eines Kontrollsystems und Risikomanagementsystems für börsennotierte Aktiengesellschaften gemäß § 91 Abs. 3 AktG-E	122
d) § 161 AktG i.V.m. A.2 DCGK	124
2. Das „Siemens/Neubürger“-Urteil des LG München I	126
a) Sachverhalt	126
b) Aussagen des Urteils zur Compliance-Pflicht	127
c) Reaktionen im Schrifttum	128
d) Stellungnahme	130
aa) Kein Plädoyer für eine generelle Pflicht zur Einrichtung eines CMS	130
bb) Untaugliche Kriterien zur allgemeinen Beurteilung der Effektivität eines CMS	132
e) Zwischenfazit	133
3. Aufsichtspflicht aus § 130 OWiG	133
a) Normadressaten	133

b) Rechtsquelle von Organisationspflichten?	134
aa) Rechtspflicht oder Obliegenheit	134
bb) § 130 OWiG als Unternehmensorganisationsnorm	136
cc) Generelle Pflicht zur Einrichtung eines CMS?	137
4. Gesamtanalogie aus spezialgesetzlichen Normen	139
5. Begründung oder Modifizierung von Compliance- Pflichten durch das Verbandssanktionengesetz?	140
E. Fazit	142

4. Kapitel: Verpflichtung zu unternehmensinternen

Ermittlungen	143
A. Im Innenverhältnis wirkende Normen HYPERLINK \l "_Toc431292230"	143
I. Pflicht zur Einrichtung eines Überwachungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG	143
II. Allgemeine Leitungspflicht nach §§ 76 Abs. 1, 93 Abs. 1 AktG	144
1. Einzelfallbezogene Ermittlungspflicht als Teil der Legalitätskontrollpflicht	144
2. Anwendbarkeit der Business Judgment Rule	146
a) Unternehmerische Entscheidung	147
aa) Rechtlich gebundene Entscheidung im Rahmen der Legalitätspflicht?	148
bb) Auswahl an Handlungsoptionen	150
cc) Zukunftsgerichteter, prognostischer Charakter	151
b) Schaffung einer angemessenen Informationsgrundlage	153
aa) Angemessenheit der Information	154
bb) Das Kriterium des „Vernünftigerweise annehmen Dürfens“	155
c) Handeln zum Wohle der Gesellschaft	158
d) Fazit zur Business Judgment Rule	160
3. Die Rolle der Rechtsprechung	160

a) Zur Informationsgrundlage bei „klassischen“ unternehmerischen Entscheidungen	161
aa) Ausgangspunkt: Das ARAG/Garmenbeck- Urteil	161
bb) Die weitere Entwicklung in der Rechtsprechung	163
b) Zur Aufklärung von Non-Compliance	166
aa) BGH 1984	166
bb) OLG Koblenz 1991	167
cc) LG München I 2013 (Siemens/Neubürger)	168
dd) Würdigung der genannten Entscheidungen und Aussagen	168
III. Fazit	170
B. § 130 OWiG als Ausgangspunkt für eine Aufklärungspflicht im Außenverhältnis	171
I. Repressive Aufklärung als geeignete Aufsichtsmaßnahme im Sinne des Tatbestandes	171
1. Ratio Legis und Schutzgut des § 130 OWiG	171
a) Abstraktes Gefährdungsdelikt zur Verhinderung betriebsbezogener Zuwiderhandlungen	171
b) Geschütztes Rechtsgut	173
2. Geeignetheit anlassbezogener Aufklärungsmaßnahmen zum bezweckten Individualrechtsgüterschutz	175
a) Keine Verhinderung oder Erschwerung abgeschlossener Taten	175
b) Präventive Effekte unternehmensinterner Ermittlungen	176
aa) Spezialprävention	176
(1) Bei aufgedecktem Fehlverhalten	177
(2) Bei fehlendem Regelverstoß	179
bb) Generalprävention	180
cc) Mittelbare Verhaltensbeeinflussung durch Optimierung der Unternehmensorganisation	181
3. Zwischenfazit	182
II. Inhaltliche Konkretisierung der geforderten Aufsicht	182
1. Grammatische Auslegung	183

a)	Keine originäre und unmittelbare Rechtspflicht zu Aufsichtsmaßnahmen	183
b)	Keine gesetzliche Präzisierung der Aufsichtsmaßnahmen	183
c)	Wortlaut: „Aufsicht“ und „Überwachung“ als repressive Aufklärung	184
aa)	Aufsicht	184
(1)	Die Reichweite des Begriffs prima facie	184
(2)	„Aufsicht“ in anderen Kontexten	185
bb)	Überwachung	187
(1)	Abgrenzung zur Aufsicht	187
(2)	Beschränkung des Wortsinns auf planmäßige Kontrolle	187
d)	Zwischenergebnis	188
2.	Systematik und Regelungszusammenhang der Norm	188
a)	Stellung im Gesetz („äußere Systematik“)	188
b)	Regelungszusammenhang mit gesellschaftsrechtlichen Pflichtenbindungen („innere Systematik“)	189
aa)	Keine umfassende Kongruenz zwischen gesellschaftsrechtlichen und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Compliance-Pflichten	189
bb)	Partielle Homogenisierung der Compliance- Anforderungen	190
cc)	Asymmetrische Akzessorietät des § 130 OWiG von gesellschaftsrechtlichen Compliance-Pflichten	191
c)	Zwischenergebnis	193
3.	Historische Auslegung	193
III.	Auslegung durch die Rechtsprechung	194
1.	Aussagen zur internen Aufklärungspflicht	194
a)	Beschluss des OLG München v. 23.09.2014	195
b)	Beschluss des OLG Celle v. 24.02.1987	197
c)	Zwischenfazit	199

2. Sanktionsandrohung und -verhängung als repressive Compliance-Maßnahmen	199
a) Betriebliche Sanktionen als Compliance- Maßnahme	199
aa) BGH-Kartellsenat 1985	200
bb) OLG Düsseldorf 2007	201
cc) Zivilrechtliche Rechtsprechung	202
b) Androhung von Sanktionen	203
aa) Rechtsprechung zu § 130 OWiG	203
bb) Rechtsprechung mit Bezug zu Fahrpersonal als Katalysator?	204
3. Fazit zur Rechtsprechung	205
IV. Fazit	206

5. Kapitel: Entscheidung zur Einleitung unternehmensinterner Ermittlungen	207
A. Relativität der Pflicht bzw. Obliegenheit zur Einleitung unternehmensinterner Ermittlungen	207
I. Den pflichtauslösenden Normen immanente Ermessensspielräume	207
II. Zumutbarkeit als übergreifender Rechtsgrundsatz	208
B. Grad des Tatverdachts	210
I. Anfangsverdacht im Sinne der §§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO	210
II. Ausrichtung an Verdachtsgraden im Aktienrecht und nach dem Geldwäschegesetz	212
1. Verdachtsgrade im Aktienrecht	212
a) Sonderprüfung nach §§ 142 Abs. 2, 315 S. 2 AktG	212
b) Klageerzwingungsverfahren nach § 148 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 AktG	213
c) Übertragbarkeit auf die Verdachtsschwelle zur Auslösung der internen Aufklärungspflicht des Vorstandes	214
2. Verdachtsgrad nach dem Geldwäschegesetz	215
3. Zwischenfazit	217

III. Leitlinien zur Konkretisierung des Tatverdachts	218
IV. Zusammenfassung	221
C. Unzumutbarkeit der Aufklärung wegen drohender Selbstbelastung	221
I. Inhalt und Reichweite des Nemo-tenetur-Prinzips	222
1. Schutz vor Mitwirkung an staatlicher Strafverfolgung	222
2. Anwendbarkeit außerhalb des Strafverfahrens	223
a) Geltung in diversen Verfahren für Beschuldigte, Zeugen und Prozessparteien	224
b) Geltung in Privatrechtsverhältnissen	229
II. Anwendbarkeit auf gesellschaftsrechtlich abgeleitete Aufklärungspflicht von Organwaltern in der AG	232
1. Zusammenfassung des Meinungsstands zur Rechtsverfolgungspflicht des Aufsichtsrats	233
2. Übertragbarkeit und Konsequenzen für Aufklärungspflicht des Vorstandes	235
a) Praktisches Selbstbelastungsrisiko des Vorstandes	235
b) Beschränkung der Aufklärungspflicht wegen Compliance-Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats	237
c) Geltung des Nemo-tenetur-Grundsatzes	238
d) Überlagerung des individuellen Selbstschutzinteresses durch freiwillig übernommene Organpflichten	240
III. Anwendbarkeit auf die Aufklärungsobliegenheit von Vorstandsmitgliedern aus § 130 OWiG	241
IV. Lösung über strafprozessuales Beweisverwertungsverbot	244
V. Zusammenfassung	247
Zusammenfassung in Thesen	249
Literaturverzeichnis	253